S 208 KR 565/19

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Berlin-Brandenburg

Sozialgericht Landessozialgericht Berlin-Brandenburg

Sachgebiet Krankenversicherung

Abteilung

Kategorie Beschluss

Bemerkung -Rechtskraft -

Deskriptoren Cannabis-Versorgung

vertragsärztliche Verordnung

Vergütung für Ausstellung einer ärztlichen

Verordnung

Leitsätze -

Normenkette SGB V § 31 Abs. 6

SGB V § 85 Abs. 1

SGB V § 73 Abs. 2 Nr. 7

1. Instanz

Aktenzeichen S 208 KR 565/19

Datum 09.06.2020

2. Instanz

Aktenzeichen L 9 KR 262/20 Datum 05.02.2021

3. Instanz

Datum -

Die Berufung des KlĤgers gegen das Urteil des Sozialgerichts Berlin vom 9. Juni 2020 wird zurļckgewiesen.

Au̸ergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.

Die Revision wird nicht zugelassen.

Â

GrÃ¹/₄nde

Â

I.

Â

Der Kläger begehrt im Berufungsverfahren die Kostenübernahme für Cannabis in Gestalt von sativa oder indigo 5 g pro Woche.

Â

Der 1968 geborene Kläger bezieht existenzsichernde Leistungen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) vom Bezirksamt Charlottenburg von Berlin. Die Beklagte Ã⅓bernimmt im Rahmen des Auftragsverhältnisses die Krankenbehandlung des Klägers (§ 264 Sozialgesetzbuch FÃ⅓nftes Buch â∏ SGB V).

Â

Der Kläger beantragte unter Ã□bersendung eines ärztlichen Attestes des Facharztes für Innere Medizin F vom 15. Mai 2018 bei der Beklagten die Kostenübernahme für die Versorgung mit Cannabis. GemäÃ∏ dem ärztlichen Attest bestehe ein Diabetes mellitus und ein somatoformes Schmerzsyndrom bei bestehender Angsterkrankung. Da viele Analgetika bisher nicht den gewýnschten Erfolg erbracht hÄxtten und teilweise auch nicht vertragen worden seien, halte der Arzt eine Therapie mit Cannabis fýr erforderlich. Die Beklagte lehnte die Kostenübernahme ab, da die tatbestandlichen Voraussetzungen nicht erfüllt seien (Bescheid vom 28. Mai 2018). Mit seinem Widerspruch machte der KlĤger geltend, dass therapeutische Alternativen nicht mehr verfA¼gbar seien, die Begrýndung seines behandelnden Arztes in dem Attest erscheine konkret genug, um einen begründeten Ausnahmefall im Sinne des Gesetzes zu belegen. Die Beklagte wies den Widerspruch mit Widerspruchsbescheid vom 13. Februar 2019 als unbegründet zurück. Eine leitlinien-gerecht ausgeschöpfte Behandlung der Schmerzen gemäÃ∏ dem WHO-Stufenschema könne nicht nachvollzogen werden. Es bestünden sowohl medikamentöse als auch nicht medikamentöse alternative Behandlungsformen; eine Ĥrztliche Begründung, warum diese nicht zum Einsatz kämen, liege nicht vor.

Â

Der Kläger hat am 15. März 2019 Klage zum Sozialgericht Berlin erhoben und die Kostenübernahme für Cannabis sativa beantragt. Das Cannabis werde benötigt, um Schmerzen entgegenzuwirken und dem Grauen Star vorzubeugen, welcher durch die Nebenwirkungen des täglich wegen des Diabetes mellitus konsumierten Medikaments Metformin 1000 mg verursacht werde. Die gesundheitlichen Risiken der verschreibungspflichtigen Analgetika stünden in keinem Verhältnis zu dem möglichen Nutzen. Zu den Nebenwirkungen zählten Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Leberschäden, Nierenversagen etc., auÃ□erdem erfordere ein Gewöhnungseffekt die Einnahme immer höherer Dosen.

Â

Das Sozialgericht einen Befundbericht des Arztes F eingeholt. Wegen der Einzelheiten wird auf den Befundbericht des Arztes vom 1. September 2019 Bezug genommen. Das Sozialgericht hat den Kl \tilde{A} ¤ger bereits am 24. Oktober 2019 darauf hingewiesen, dass eine \tilde{A} ¤rztliche Verordnung f \tilde{A} ½r das begehrte Cannabis nicht vorliege. Der Kl \tilde{A} ¤ger hat auf das \tilde{A} ¤rztliche Attest von Herrn F verwiesen, aus diesem gehe eindeutig hervor, dass die Notwendigkeit und die Indikationsvoraussetzungen f \tilde{A} ½r das begehrte Medizinalcannabis in vollem Umfange erf \tilde{A} ½llt seien.

Â

Mit Urteil vom 9. Juni 2020 hat das Sozialgericht die Klage abgewiesen. Die gesetzlichen Voraussetzungen für einen Anspruch auf Versorgung mit Cannabis in Form von getrockneten BlA¼ten oder Extrakten in standardisierter QualitAxt und auf Versorgung mit Arzneimitteln mit den Wirkstoffen Dronabinol oder Nabilon gemäÃ∏ § 31 Abs. 6 Satz 1 SGB V seien nicht erfüllt. Die Kammer könne insbesondere nicht feststellen, dass im Einzelfall nach der begrļndeten EinschÄxtzung der behandelnden VertragsÄxrzte/VertragsÄxrztinnen unter Abwägung der zu erwartenden Nebenwirkungen und Berücksichtigung des Krankheitszustandes des Versicherten eine allgemein anerkannte, dem medizinischen Standard entsprechende Leistung fýr ihn nicht zur Anwendung kommen könne. Der Kläger klage über krampfartige Schmerzen vor allem in Armen und Beinen. GemäÃ∏ dem Befundbericht des ihn seit 2014 behandelnden Internisten F IAxgen Befunde fA¼r diese Symptome nicht vor. Es gehe dementsprechend um eine symptomatische Behandlung, fÃ¹/₄r diese stehe jedenfalls eine medikamentöse Schmerztherapie zur Verfügung. Es sei nicht feststellbar, dass der KlĤger die entsprechenden schmerzlindernden Arzneimittel in einem solchen Umfang eingenommen habe, der den Schluss erlaube, er vertrage sie nicht oder sie entfalteten keine entsprechende Wirkung. Vielmehr habe der verordnet zu haben. Die Erkrankungen, wegen derer der KlĤger bei ihm in Behandlung sei, bedürften keiner Schmerzmittelgabe. Andere Ã□rzte, die die Verabreichung von Schmerzmitteln und oder deren Wirkungen bestÄxtigen könnten, habe der Kläger dem Sozialgericht nicht benannt. In den Jahren 2014-2018 sei dem KlĤger ausweislich der bei der Beklagten vorhandenen Behandlungsdaten lediglich einmal im Februar 2015 ein Schmerzmittel verordnet worden (Diclofenac ratiopharm 75 mg SL). Die Nutzung verschiedenster Schmerzmittel lasse sich demgem $\tilde{A} \times \tilde{A} \cap f \tilde{A} / r$ die Kammer nicht feststellen. Gleiches gelte für ihre Wirkungen, insbesondere das Erzeugen von unerwünschten Nebenwirkungen. Ohne solche Nachweise könne ein Bedarf für das begehrte Cannabis nicht erkannt werden. AuÄ

erdem k

amen andere M

glichkeiten, etwa auch Heilmittel oder zunĤchst eine die Symptome erklĤrende Diagnostik, ebenfalls in Betracht. <u>§ 31 Abs. 6 SGB V</u> solle nach der Gesetzesbegrýndung Versicherten ermägglichen, bei Versagen etablierter Behandlungsmägglichkeiten einen Therapieversuch mit cannabishaltigen Arzneimitteln zu unternehmen. Ein solches Versagen sei im Fall des KlAxgers nicht erkennbar.

Gegen dieses ihm am 6. Juli 2020 zugestellte, zuvor am 9. Juni 2020 bereits verkündete Urteil hat der Kläger bereits am 17. Juni 2020 Berufung eingelegt.
Â
Der Kläger ist der Auffassung, ohne eine Kostenzusage seitens des Gerichts könne er die vom Senat angeforderte ärztliche Verordnung nicht vorlegen; auÃ∏erdem könne er nicht vor Ablauf von zwölf Wochen einen ärztlichen Vorstellungstermin erhalten und benötige eine Fristverlängerung von 16 Wochen (Schriftsatz vom 19. September 2020).
Â
Der Kläger beantragt sinngemäÃ□,
Â
das Urteil des Sozialgerichts Berlin vom 9. Juni 2020 sowie den Bescheid der Beklagten vom 28. Mai 2018 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 13. Februar 2019 aufzuheben und die Beklagte zu verurteilen, die Kosten fýr die Versorgung mit Cannabis sativa oder Cannabis indigo gemäÃ∏ ärztlicher Verordnung von wöchentlich 5 g zu Ã⅓bernehmen.
Â
Die Beklagte beantragt,
Â
die Berufung zurückzuweisen.
Â
Sie hält die erstinstanzliche Entscheidung für zutreffend.
Â
Wegen des Sachverhalts und des Vorbringens der Beteiligten wird im Ã□brigen auf den Inhalt der Gerichtsakte und des Verwaltungsvorgangs der Beklagten Bezug genommen, der, soweit wesentlich, Gegenstand der Entscheidungsfindung war.
Â
II.
Â
Der Senat darf $ ilde{A}^{1}\!\!$ /4ber die Berufung nach Anh $ ilde{A}^{\P}$ rung der Beteiligten durch

Beschluss entscheiden, weil er sie einstimmig f \tilde{A}^{1}_{4} r unbegr \tilde{A}^{1}_{4} ndet und eine m \tilde{A}^{1}_{4} ndliche Verhandlung nicht f \tilde{A}^{1}_{4} r erforderlich h \tilde{A} xlt ($\frac{\hat{A}}{\hat{A}}$ 153 Abs. \hat{A} 4 Satz \hat{A} 1 und 2 Sozialgerichtsgesetz \hat{A} [SGG]).

Â

Die Berufung des Klägers ist zulässig, jedoch unbegründet. Wegen der Einzelheiten nimmt der Senat Bezug auf die zutreffend begründete erstinstanzliche Entscheidung (§ 153 Abs. 2 SGG). Zu ergänzen und zu betonen bleibt unter Berücksichtigung des klägerischen Berufungsvorbringens:

Â

Ein Anspruch des Klägers scheitert bereits daran, dass er â∏ auch auf gerichtliche Aufforderung â∏ dem Senat keine ärztliche Verordnung vorgelegt hat. Diese wäre aber Voraussetzung für die Kostenübernahme durch die Beklagte. Nach § 31 Abs. 6 Satz 2 SGB V bedarf die Leistung â∏bei der ersten Verordnungâ∏ für eine Versicherte oder einen Versicherten der nur in begründeten AusnahmefÄxllen abzulehnenden Genehmigung der Krankenkasse, die vor Beginn der Leistung zu erteilen ist. Zur Ä\(\text{Dberzeugung des Senates ist die}\) (vertrags-)Ãxrztliche Verordnung tatbestandliche Voraussetzung für die Genehmigung der Beklagten. Dies ergibt sich aus dem Wortlaut des § 31 Abs. 6 Satz 2 SGB V, der sie explizit erwÄxhnt, wie auch dem Sinn und Zweck. Der Anspruch auf Arzneimittel als Sachleistung der gesetzlichen Krankenversicherung bedarf allgemein einer vertragsÄxrztlichen Verordnung (Beschluss des Senats im Beschwerdeverfahren gegen die Ablehnung von Prozesskostenhilfe få¼r das erstinstanzliche Verfahren vom 18. August 2020 â∏∏ L 9 KR 297/20 B PKH, zur Notwendigkeit der Ĥrztlichen Verordnung vgl. LSG Baden-Wļrttemberg, Beschluss vom 26. November 2018Â $\hat{a} \square \square \underline{L} 11 \underline{KR} 3464/18 \underline{ER-B}$ $\hat{a} \square \square$, Rn. 16, juris; Nolte, in: Kasseler Kommentar zum Sozialversicherungsrecht, 111. EL September 2020, SGB V § 31 Rn. 75g; a.A. LSG Rheinland-Pfalz, Beschluss vom 6. MÃxrz 2018 â∏∏ <u>L 5 KR 16/18 B ER</u>, juris, Ã∏berblick zum Streitstand bei: Bischofs, in: BeckOK SozR, <u>59</u>. Ed. 1.12.2020, SGB V <u>§ 31</u> Rn. 96a).

Â

Daraus folgt, dass Vertragsärzte/Vertragsärztinnen von Versicherten wie auch diesen leistungsrechtlich gleichgestellten Personen wie dem Kläger fÃ⅓r das Ausstellen einer Verordnung keine (weitere) Gegenleistung verlangen dÃ⅓rfen (Freudenberg, in: Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGB V, 4. Aufl. 2020, §Â 85 SGB V [Stand: 15.06.2020], Rn. 17). Das gilt auch dann, wenn die vertragsärztliche Verordnung in einem laufenden Klage- oder Berufungsverfahren angefordert wird. Die Einhaltung der vertragsärztlichen Pflicht wird abgesichert durch § 128 Abs. 5a, 2. Halbsatz SGB V, wonach Vertragsärzte, die Versicherte zur Inanspruchnahme einer privatärztlichen Versorgung anstelle der ihnen zustehenden Leistung der gesetzlichen Krankenversicherung beeinflussen, gegen ihre vertragsärztlichen Pflichten verstoÃ∏en.

Â

Der Kl\tilde{A}\mathbb{x}\text{ger hat im Berufungsverfahren ausreichend Zeit erhalten, die vertrags\tilde{A}\mathbb{x}\text{rztliche Verordnung nachzureichen. Die von ihm am 19. September 2020 beantragte Fristverl\tilde{A}\mathbb{x}\text{ngerung von 16 Wochen wurde gew\tilde{A}\mathbb{x}\text{hrt, ist aber ergebnislos verstrichen.}

Â

Allein auf das Axrztliche Attest des behandelnden Arztes F kann sich der KlAxger nicht berufen. Dieses stellt keine Verordnung, aber auch keine â∏begründete Einschätzungâ∏∏ i.S. des <u>§ 31 Abs. 6 Satz 1 Nr. 1 Buchst. b SGB V</u> dar. Der behandelnde Arzt hat es laut seinem dem Sozialgericht gegenļber erstatteten Befundbericht abgelehnt, eine vertragsĤrztliche Verordnung fýr die Versorgung des Klägers mit Cannabis auszustellen, weil er die nötige Erfahrung für diese Therapie nicht habe. Daraus ergibt sich deutlich, dass er die Verantwortung für diese Therapie gerade nicht übernimmt. § Â 31 Abs. 6 Satz 1 Nr. 1 Buchst. b SGB V stellt aber die ̸bernahme ärztlicher Verantwortung in den Mittelpunkt, wenn dort einerseits die Ĥrztlich begrļndete EinschĤtzung als fļr den Leistungsanspruch ausreichend betrachtet wird und nach der Intention des Gesetzes dem verordnenden Arzt dabei sogar eine EinschĤtzungsprĤrogative zukommt (vgl. näher Beschluss des Senates vom 27. Mai 2019Â â∏ L 9 KR 72/19 BER, Rn. 7, juris). Dies setzt aber andererseits und spiegelbildlich dazu voraus, das aus einer Äxrztlichen EinschÄxtzung unmissverstÄxndlich hervorgeht, dass der Arzt/die ̸rztin die ärztliche Verantwortung fýr die Cannabis-Versorgung auch übernimmt. Es kann angesichts dieses Befundes mangels eines bestehenden Anspruchs offen bleiben, ob die Erweiterung des Klagebegehrens auf die Cannabis-Sorte â∏∏indigoâ∏∏ im Berufungsverfahren zulässig ist.

Â

Die Kostenentscheidung beruht auf § 193 SGG.

Â

Gründe für die Zulassung der Revision bestehen nicht (<u>§ 160 Abs. 2 SGG</u>).

Erstellt am: 16.05.2022

Zuletzt verändert am: 22.12.2024